



**SPD-Fraktion im Rat  
der Stadt Neustadt am Rübenberge**

**Fraktionsvorsitzender  
Harald Baumann**

**Datum: 11.12.2021**

**Herrn Bürgermeister Dominic Herbst, Stadt Neustadt a. Rbge  
An die Mitglieder des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge.**

**Antrag:**

Wir beantragen die Schaffung einer Wohnraumbörse für Opfer von häuslicher Gewalt

**Begründung:**

Jede vierte Frau erlebt statistisch gesehen in ihrem Leben häusliche Gewalt.  
Dazu regelt das Gewaltschutzgesetz folgendes:

Nach § 2 GewSchG existiert ein gesetzlicher Anspruch für eine Zuweisung der Wohnung. Im Fall einer vorsätzlichen und widerrechtlichen Verletzung von Körper, Gesundheit oder Freiheit sowie unter bestimmten Voraussetzungen in Fall einer Drohung mit einer solchen Verletzung kann das Gericht der Verletzten die Wohnung zuweisen.

Zurzeit fördert das Land Niedersachsen 43 Frauenhäuser, 46 Gewaltberatungsstellen und drei Mädchenhäuser. Damit stellt das Land ein breites Netz an Zuflucht und Beratung für misshandelte Frauen und ihre Kinder zur Verfügung.

Frauenhäuser bieten Opfern häuslicher Gewalt rund um die Uhr Aufnahme und Schutz.

Frauenhäuser sind jedoch nur für den Übergang konzipiert. Meistens hat die Frau mit ihren Kindern ein kleines Zimmer, es ist eng, es sind sehr viele Frauen und traumatisierte Kinder da. Es ist der Wunsch der Frauen, so schnell wie möglich ein stabiles Umfeld für sich und ihre Kinder zu bekommen, sich etwas Neues aufzubauen.

Doch die Beratungsstellen beklagen, dass es zu wenig Schutzplätze nach dem Aufenthalt im Frauenhaus gibt.

Ferner ist es den Frauen auch freigestellt, ob diese überhaupt in einem Frauenhaus untergebracht werden wollen. Oftmals wird lediglich eine freie Wohnung zu Übergangszwecken benötigt, bis eine passende Wohnung gefunden wird.

Hier setzt unser Antrag an.

Wir beantragen im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung (kommunale Gleichstellungsbeauftragte) und der Frauenberatungsstelle Neustadt a. Rbge. eine Wohnraumbörse für Opfer von häuslicher Gewalt in Neustadt a. Rbge. zu schaffen, damit den Gewaltopfern schnell, unbürokratisch und auch langfristig durch eine eigene Wohnung ein Wiedereinstieg in die Gesellschaft und ein gewaltfreies Leben garantiert werden kann.

**Harald Baumann  
Fraktionssprecher SPD-Fraktion**